

**MILCHPREISKRISE, BIENENSTERBEN, BEDROHUNG DER
BAUERNHÖFE DURCH FREIHANDELSABKOMMEN CETA
UND TTIP:**

BUND NATURSCHUTZ, IMKER UND MILCHBAUERN MACHEN MOBIL

Ein breites Bündnis möchte verhindern, dass das Freihandelsabkommen mit Kanada, CETA, wie von der EU Kommission geplant, im Oktober vorläufig in Kraft gesetzt wird. „CETA, wie auch TTIP orientieren sich an dem falschen Leitbild industrieller Landwirtschaft mit immer billigeren Lebensmitteln, Massentierhaltung, Gentechnik und massivem Pestizideinsatz. Sie verschärfen die Krise in der Landwirtschaft und blockieren, was wir wirklich brauchen: Gesunde Nahrungsmittel aus biologischem und regionalem Anbau, produziert unter strengen Tierschutz- und Verbraucherschutz-Standards“, so Hubert Weiger, BN Vorsitzender, und weiter: „Wir fordern von der bayerischen Staatsregierung und den bayerischen Bundestagsabgeordneten sich gegen die vorläufige Anwendung von CETA einzusetzen.“

Befürchtet wird aus Sicht der Milchbauern ein weiterer Preisverfall, insbesondere für Milch und Rindfleisch. „Wenn europäische Milchüberschüsse zu Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt verramscht werden müssen, dann bedroht diese Entwicklung auch Bayerns Milchbauern“, so Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Milchviehalter (BDM).

Imker kritisieren, dass jeglicher Spielraum für die Umsetzung bienenfreundlicher Produktionsweisen verlorengeht. „CETA würde auch die Geheimhaltung von Studien der Industrie bei der Pflanzenschutzmittelzulassung zementieren, so dass wieder bienengefährliche Wirkstoffe unzureichend getestet auf den Markt kommen können“, so Walter Haefeker vom Europäischen Berufsimkerverband.

Der BUND Naturschutz, Milchbauern, Imker und ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis rufen deshalb zur Teilnahme an einer Großdemonstration am 17. September in München auf, die im Rahmen eines bundesweiten Aktionstags stattfindet.

Der BUND Naturschutz bereitet in einem breiten Bündnis in Bayern ein Volksbegehren in der zweiten Stufe vor, das die bayerische

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 31.8.2016

PM 087-16/LFG

Landwirtschaft

Staatsregierung zwingt gegen die Ratifizierung von CETA im Bundesrat zu stimmen.

Vorläufige Anwendung stoppen

„CETA ist fertig verhandelt und liegt in deutscher Sprache vor. Die EU-Kommission erwägt im Herbst diesen Jahres weite Teile des Abkommens vorläufig in Kraft zu setzen. Dies muss durch den zivilgesellschaftlichen Druck verhindert werden“, so Richard Mergner, BN Landesbeauftragter.

Der BN vermisst eine klare Positionierung der Spitze des bayerischen Bauernverband, der trotz Anfragen zu den Gefahren des Freihandelsabkommens CETA schweigt.

Weltmarkthandel ruiniert Milchmärkte

In Kanada bedrohen die im CETA-Abkommen geplanten Importquoten für europäische Milchprodukte ein vorbildliches Mengenregelungssystem für die Milch, so dass auch dort die Erzeuger weiter unter Druck geraten.

Laut CETA-Vertrag gesteht Kanada der EU im Milchsektor eine neue zollfreie Importquote für weitere 16.800 Tonnen hoch qualitativen Käse und für 1.700 Tonnen Industriekäse zu. Die bisherige Import-Quote liegt bei 13.472 Tonnen. Mit CETA würde sich die Quote für Käse auf 31.072 Tonnen mehr als verdoppeln.

Für die europäischen exportorientierten Unternehmen erst einmal vorteilhaft – doch die europäischen Milchviehhalter profitieren nicht, solange weiterhin unregelte Milchüberschüsse erzeugt werden.

Die kanadischen Milcherzeuger (Dairy Farmers of Canada) nehmen an, dass für sie durch CETA ca. 100 Millionen Euro pro Jahr an Umsatz und Marktanteilen verloren gehen werden. Die kanadische Regierung hat inzwischen zusätzliche Hilfszahlungen in Milliardenhöhe für die Milchbauern in Aussicht gestellt. Bisher brauchten kanadische Milchbauern keine Unterstützung aus dem staatlichen Sicherungsprogramm (BRM), da das Quotensystem für eine Balance zwischen Angebot und Nachfrage sorgte.

Die erhöhten Zollquoten für kanadische Rinderfleischimporte, die offenbar im Gegenzug für die Beibehaltung der Hormonfreiheit

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 31.8.2016

PM 087-16/LFG

Landwirtschaft

ausgehandelt wurden, bedrohen durch Preisverfall die Einnahmen aus dem Schlachtkuh- und Kälberverkauf der europäischen Milcherzeuger.

Laut CETA-Vertrag kann Kanada in die EU mehr hormonfreies Rindfleisch (65.000 Tonnen, bisher 15.000 Tonnen) zollfrei einführen. Der Deal ermöglicht Rindfleisch-Exporte im Wert von geschätzten € 400.000.000 nach Europa. Über 50.000 Tonnen sind Frischfleisch und der Rest gefrorene Ware.

Massenhaftes Artensterben muss verhindert werden

Imkerei und Naturschutz stehen gleichermaßen unter Druck, wenn die Intensivierung der Landwirtschaft nicht gestoppt wird. Schon heute finden Bienen zu wenig Nektar und Pollen, müssen weite Strecken zurücklegen, bis sie in ausgeräumten Agrarlandschaften ihre Nahrung finden und sind durch den Pestizideinsatz gefährdet. „Die Biene ist ein wichtiger Umweltindikator - auch weil sie von so vielen Imkern betreut und beobachtet wird. Sehen wir die Honigbiene in Schwierigkeiten, ist dies ein Alarmzeichen für das gesamte Ökosystem“, betont **Walter Haefeker**.

„CETA und auch TTIP dienen der Zementierung einer exportorientierten Landwirtschaftspolitik. Hier muss endlich umgedacht werden – Stopp für unsinnige Handelswege und Umwidmung der europäischen Agrarzahllungen in Richtung Honorierung von Gemeinwohlleistungen sind das Gebot der Stunde“, so **Hubert Weiger** abschließend.

Für Rückfragen:

Marion Ruppenner, BN Landwirtschaftsreferentin, 0911 81 87 8-21/20 oder (am Aktionstag) 0173 44 55 66 3; E-mail: marion.ruppenner@bund-naturschutz.de

Richard Mergner, Landesbeauftragter des BUND Naturschutz
Tel. 09 11/8187825 oder 01716394370
E-Mail: richard.mergner@bund-naturschutz.de

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

München, 31.8.2016
PM 087-16/LFG
Landwirtschaft